

Gallien gegen Brüssel

Frankreichs Präsident François Hollande droht in Richtung EU-Kommission – und redet mit Angela Merkel

Knackpunkte des Treffens

Bei den deutsch-französischen Beratungen stand vor allem das Schicksal der Eurozone auf der Tagesordnung:

Umbau der Eurozone: Frankreich fordert eine „europäische Wirtschaftsregierung“. Umstritten ist, welche Bereiche das betreffen soll. Streit gibt es um ein gesondertes Budget der Eurozone zur Unterstützung angeschlagener Euro-Länder.

Jugendarbeitslosigkeit: In der EU sind 5,7 Millionen der unter 25-Jährigen ohne Arbeit. In Krisenregionen von Spanien und Griechenland ist es jeder Zweite. Zwar hat die EU Geld zugesagt und es wurde eine schnelle Vermittlung von Jugendlichen in Jobs, Praktika oder Ausbildung vereinbart. Doch kurzfristig hilft dies nicht.

Sparen und Wachstum: Während Deutschland den strengen Sparkurs der EU beibehalten will, fordern mit Frankreich auch südeuropäische Länder mehr Zeit zum Abbau von Defiziten. Die EU-Kommission überlegt, für mehr Wachstum öffentliche Investitionen bei den Staatsdefiziten anzurechnen.

Bankenunion: Zu den Ideen gehören neben einer Aufsicht für Europas Banken auch Regeln zur Haftung von Gläubigern und Anlegern bei Bankenpleiten, ein Mechanismus zur Abwicklung maroder Geldhäuser sowie Hilfszahlungen an Banken durch den Euro-Rettungsfonds ESM. (AFP)

STEFAN KEGEL

Verspieltes Vertrauen und lebenswichtige Fragen



Sollte es so einfach sein? Nach all den Organspende-Skandalen in Göttingen, in München, in Leipzig holt man ein paar Promis – und plötzlich gibt es genügend Organspender? So will es Gesundheitsminister Daniel Bahr. Tatort-Kommissar Klaus J. Behrendt, Biathletin Kati Wilhelm und Gewichtheber Matthias Steiner sollen also das Vertrauen wiederherstellen, das die Mediziner verspielt haben. Ist das klug? Nein, das ist unredlich. Denn damit werden Menschen für dumm verkauft, die lebenswichtige Fragen haben.

treibt, ist nicht so sehr: Wer bekommt eigentlich mein Organ? Für die meisten lautet die Frage vollkommen berechtigt: Was geschieht mit mir?

Und da wird, so lange es die Diagnose des Hirntods gibt, kaum Klarheit einziehen. Wenn das Gehirn ausfällt, laufen nämlich andere Prozesse des Körpers, die etwa durch das Rückenmark gesteuert werden, weiter. Ein Hirntoter kann mit Fieber auf Infekte reagieren, er hat Stoffwechsel, er kann Wunden heilen – und US-Studien deuten darauf hin, dass er sogar Schmerz empfinden kann. Am Ausfall eines – wenn auch zentralen Organs – den Tod eines Menschen festzumachen, ist eine Festlegung, die erst mit dem Aufkommen der Transplantationsmedizin erfunden wurde. Weil man Organe nur entnehmen kann, wenn der Körper noch lebt.

Die Organentnahme ist kein Produkt, das man durch schöne Werbung attraktiver macht. Hier müssen Entscheidungen über Leben und Tod getroffen werden – und die stellen sich nicht nur demjenigen, der ein Organ benötigt, sondern auch dem Spender. Dass über ein Transplantationsregister alle Fälle erfasst werden sollen und die Kliniken regelmäßig überprüft werden sollen, ist zwar löblich. Und doch sind Skandale, bei denen Patienten auf dem Papier kränker gemacht wurden, um schneller an ein Organ zu kommen, nur eine Seite der Medaille.

Alle das muss potenziellen Organspendern gesagt werden, wenn sie sich guten Gewissens für einen Spendeausweis entscheiden sollen. Sie müssen sicher sein können, dass nicht auf eine Wiederbelebung verzichtet wird, weil ihr Herz oder ihre Leber gebraucht werden. Nur wenn sie diese Sicherheit haben, wird das Vertrauen wiederkehren.

Denn die Frage, die potenzielle Organspender um-

Für alle verkräftbar

Die Auflösung der vier Wehrbereichsverwaltungen (WBV) zum 30. Juni ist Teil der Bundeswehrreform, die Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Oktober 2011 verkündet hatte. In der Garnisonstadt Strausberg ist davon die WBV Ost betroffen.

Doch die Strausberger müssen sich nicht grämen. Der anfangs durch die Schließung mehrerer Dienststellen befürchtete Fall der Garnisonstadt in die Bedeutungslosigkeit ist nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil. Mit der eingeleiteten Verlegung von etwa 600 Kommando-Soldaten des Heeres erhält der Standort Strausberg im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr sogar eine deutliche Aufwertung.

Sie war mit 1300 Dienstposten für Berlin und die neuen Länder mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern zuständig und zugleich der größte Arbeit- und Auftragneber der Stadt. Immerhin rund 200 Millionen Euro hat der Dienstleister der Bundeswehr an diesem Standort in den zurückliegenden 23 Jahren investiert.

Und auch die zuletzt noch 530 WBV-Ost-Beschäftigten haben kaum Grund zur Sorge. Wer nicht altersbedingt aufhörte, dem wurden neue berufliche Perspektiven angeboten. DETLEF KLEMENTZ

Wieder obenauf

Assad scheint wieder Oberwasser zu haben, und dabei werden ihm das Ende des EU-Waffenembargos sowie die Lücke des Westens zwischen Rhetorik und Handeln in die Hände gespielt haben. Die nun auch offizielle russische Lieferung von Waffen ist eine logische Folge. Auch wenn sie einmal mehr die zynische Verkommenheit des Moskauer Systems zeigt. Für einen Flottenstützpunkt im Mittelmeer und eine Bühne, um den Westen mit klammheimlicher Freude in die Schranken zu weisen, sind Putin 94.000 Tote ein noch nicht zu hoher Preis.

Mittlerweile sunnitisch-islamistisch dominierten Opposition keine Alternative zu Assad sein kann. Umso mehr hätte Moskau auf ihn viel früher einwirken müssen. Stattdessen aber lässt man sich dort die Menschen gegenseitig abschlachten – für einen Stellvertreterkrieg, von dem noch nicht gesagt ist, ob Assad ihn auch gewinnen wird.

Es ist ja richtig, dass ein Großteil der zerstrittenen,

Denn die neue Raketen-technik gegen ausländische Interventionen muss erst einmal installiert sein – und das kann bis zu vier Monate dauern. Gut möglich, dass Israel, das von der Reichweite betroffen wäre, schneller reagiert, als manch einem lieb sein mag. CHRISTIAN STILLER

Gesagt ist gesagt



„Ich werde mein Lächeln nicht ablegen.“

Der neu gewählte WDR-Intendant und bisherige „Tagesthemen“-Moderator Tom Bülow

Paris (dpa/MOZ) **Inmitten einer veritablen Auseinandersetzung zwischen Paris und der EU-Kommission ist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Donnerstag zu einem Arbeitsbesuch nach Paris gereist. Das Treffen mit Frankreichs Präsident François Hollande war begleitet von politischem Getöse.**

Ganz Europa steht unter dem Diktat Brüssels. Ganz Europa? Nein, eine kleine gallische Nation leistet nach wie vor Widerstand. „Die Kommission hat uns nicht zu diktieren, was wir zu tun haben“ focht Frankreichs Präsident gegen die jüngste Kritik der EU-Kommission an seinen fehlenden Reformbemühungen. Um dann noch hinzuzufügen: „Sie kann nur sagen, dass Frankreich seine Staatsfinanzen sanieren muss.“ Welcher Weg dahin der richtige sei, sage man selbst.

THEMA FRANKREICH UND DAS SPARDIKTAT

Dass sich Hollande in der Manier des legendären Comic-Galliers Asterix so gegen Brüssel auflehnt, hat gewichtige Gründe. Die EU-Kommission hatte Frankreich zuvor nämlich mit harschen Worten aufgefordert, im Gegenzug für den geplanten zweijährigen Aufschub zum Erreichen der EU-Defizitgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts seine Wirtschaft und sein Rentensystem zu reformieren. „Frankreich hat in den vergangenen zehn, vielleicht sogar auch 20 Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verloren“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso in Brüssel. Als Gegenleistung für

die Galgenfrist beim Sparen müssten die Arbeitskosten in Frankreich sinken und die Energie- oder Dienstleistungsmärkte für mehr Wettbewerb geöffnet werden. „Unsere Botschaft an Frankreich ist in der Tat ziemlich fordernd“, erklärte Barroso. Ähnlich konkret waren zuvor auch die Worte von EU-Energiekommissar Günther Oettinger ausgefallen. Frankreich sei

Unions-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff (CDU). „Wer so redet, rüttelt an Grundfesten der EU.“ Und der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Norbert Barthle (CDU), drohte, man sehe sich immer zweimal im Leben. Ein solches Verhalten werde Auswirkungen auf weitere Verhandlungen haben.

Die Vorzeichen für Hollandes Treffen mit dem

„null vorbereitet auf das, was notwendig ist“, wurde er zitiert. Frankreich müsse Renten Kürzungen vollziehen, eine längere Lebensarbeitszeit und eine geringere

Staatsquote durchsetzen. Die Zahl der Staatsdiener sei dort doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt, kritisierte der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident.

Und die Kritik aus Deutschland riss auch am Donnerstag nicht ab. Sie bezog sich vor allem auf Hollandes Angriff auf die Reformvorschläge der Mächtigen in Brüssel. Hollandes Ausbruch widerspreche „Geist und Buchstaben europäischer Vereinbarungen und Verträge“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der

„Paris will nicht wie ein Schüler vorgeführt werden“

FÜNF FRAGEN AN: Sabine von Oppeln, Politologin an der Freien Universität



Sabine von Oppeln Foto: Jan Hambura, FU Berlin

Berlin und Paris sprechen politisch unterschiedliche Sprachen, sagt die Frankreich-Expertin Sabine von Oppeln von der Freien Universität Berlin. Mit ihr sprach STEFAN KEGEL.

Frau von Oppeln, das ein gutes Verhältnis zwischen Berlin und Paris ist seit einiger Zeit abgekühlt. Woran liegt das?

Das hat vielfältige Ursachen. Am wenigsten spielt eine Rolle, dass Frau Merkel eine Konservative und Monsieur Hollande ein Sozialist ist. Andere deutsch-französische Tandems mit unterschiedlichem parteipolitischen Hintergrund haben sich gut verstanden. Ich erinnere nur an Mitterrand und Kohl. Auch von der Persönlichkeitsstruktur passt Merkel viel besser zu Hollande als zu dessen Vorgänger Sarkozy.

Was ist dann die Ursache?

Es knirscht vor allem deswegen, weil Deutschland und Frankreich in der Eurokrise sehr unterschiedliche Positionen haben. In Frankreich kann man von einer Rezession sprechen, während Deutschland sich bislang einigermaßen gut durch die Krise gerettet hat. Dafür gibt es politische, aber auch strukturelle Gründe.

Können Sie dafür bitte ein Beispiel nennen?

Frankreichs Reformstau liegt zum einen im sozialen Bereich, bei hohen Sozialkosten und etwa der bevorstehenden Rentenreform, die im Herbst wieder viele Demonstrationen auslösen wird. Hinzu kommen die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und die hohen Arbeitskosten.

Beide Länder haben auch unterschiedliche wirtschaftspolitische Traditionen ...

Frankreich ist ein Land, in dem große Unternehmen gefördert werden und vergleichsweise stark sind, wie die Nuklearindustrie und Energiebetriebe. Aber es hat strukturelle Schwächen dort, wo die deutsche Industrie stark ist, nämlich bei den kleinen und mittleren Unternehmen, die für Arbeit und Beschäftigung sehr wichtig sind. So verhindert etwa auch das auf dieser besonderen Industriestruktur beruhende duale Ausbildungssystem bei uns, dass wir so eine so hohe Jugendarbeitslosigkeit bekommen wie sie Frankreich hat.

Aber es gibt doch nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene Streit. Nein, hinzu kommen unter-

schiedliche europapolitische Leitlinien und Traditionen. Frankreich hat traditionell, egal, wer an der Regierung ist, den Anspruch, die Europäische Union gestalten zu müssen, auch sozial. Daher plädiert es mehr für staatliche Eingriffe, etwa in der Wachstumspolitik, als Deutschland. Frau Merkel setzt demgegenüber stärker auf das Sparen. Auch in der Außenpolitik gibt es deutlich unterschiedliche Ansätze. Denken Sie nur an das Thema Waffenlieferungen an Syrien. Die jüngste Kritik von Seiten der EU trifft bei den Franzosen eher auf Widerpruch. Denn Frankreich ist viel mehr als nur eine in die Krise geratene Wirtschaftsmacht in der EU. Als Gründungsmitglied will es nicht wie ein kleiner Schüler vorgeführt werden.

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

Eine zukunftsgerichtete Förderung

Zu „Land fördert ab 2014 wieder Ökolandbau“ (Ausgabe vom 28. Mai):

Vor zwei Jahren ist die Förderung der Umstellung auf Ökolandbau durch das Land Brandenburg eingestellt worden. Öffentlicher Druck hat nun in kürzester Zeit zur Rücknahme der Entscheidung geführt. Das ist ein schöner Beleg dafür, dass Bürger durchaus Einfluss nehmen können auf die gesellschaftliche Entwicklung – wenn sie ihren Willen deutlich und laut genug artikulieren. Die Rücknahme der falschen Entscheidung ist so spät erfolgt, dass ein weiteres Jahr für Umstellungswillige verloren geht. Jedoch – für den Aufbau eines ökologisch arbeitenden Landwirt-

schaftsbetriebs sollte es nie zu spät sein. Damit werden die Zukunftsaussichten nachfolgender Generationen auf eine gesunde, intakte Umwelt mit reicher Lebensvielfalt deutlich verbessert. BEATE BLAHY Steinhöfel

Ein echtes Problem ist nicht erkennbar

Zu „Zwischen Zukunft und Kleinkleckersdorf“ (Ausgabe vom 28. Mai):

Mit Spitzentechnologien wird der Mars erobert, Raketen fliegen zur ISS in wenigen Stunden, die Medizintechnik ist immer hilfreicher – aber unsere Automobilindustrie scheint sich noch im letzten Jahrhundert zu befinden. Elektroautos sind immer noch ein Problem. Kann man sie wirklich nicht produzieren?



An die Märkische Oderzeitung Redaktion Leserforum Kellenspring 6 15230 Frankfurt (Oder)

Oder will man nicht – das ist hier die Frage. CHRISTIAN KLAHR Hoppegarten

Persönliche Erinnerung an eine Schriftstellerin

Zu „Schriftstellerin S. Kirsch ist tot“ (Ausgabe vom 23. Mai): Die Arbeiten der Schriftstellerin faszinierten mich von Beginn an. Um so wütender wurde ich, als sie von stalinistischen Parteifunktionären schikaniert wurde, wie viele bedeutende Kulturschaffende der DDR. Und

das nur, weil sie gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann protestiert hatte. Als die DDR daraufhin die Elite ihrer Künstler und Schriftsteller verlor, weil diese in den Westen gingen, verlor ich die letzte Illusion. HENNING HÖHNE Schiffmühle

Wirklich wichtige Regelungen fehlen

Zu „Leichendiebe müssen in Haft“ (Ausgabe vom 28. Mai): Hier haben sich die deutsche und die polnische Seite nichts gegenseitig vorzuwerfen. Die Bestatter scheinen keinen Deut besser zu sein als die Diebe, die – im Gegensatz zu den deutschen Kriminellen – schon verurteilt sind. Alles ist im „zivilisierten Land“ durch Gesetzgeber und Ämter bis ins Kleinste und

Unsinnigste geregelt. Aber einen Ehrenkodex für Bestatter, den gibt es nicht gibt. PAUL WUST Frankfurt (Oder)

Stillstand, weil jeder in eine Richtung zieht

Zu „Obamas neue Töne im Antiterrorkampf“ (Ausgabe vom 25./26. Mai):

Die Karikatur zeigt, dass eine Zwei-Parteiherrschaft nicht in der Lage ist, dringende Probleme zu lösen, da sich die beiden gegenseitig blockieren. Die Gefahr besteht auch in Deutschland. VOLKWIN HASS Strausberg

Die abgedruckten Briefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.